

Seidler als Vorsitzender des gemeinsamen Ministerrates, links die Unterschrift des Protokollführers Nickl mit Datum (11. III. 1918). Die Kenntnissnahme durch den Herrscher fehlt. — Ebd. das Konzept des Protokolls, die eine Hälfte mit der Hand, die andere mit Maschine geschrieben, mit unzähligen, aus der Feder des Protokollführers stammenden Korrekturen. Am Ende die Unterschrift von Nickl (5. III. 1918) und von Seidler.

37.

Baden, 30. Mai 1918

Der Ministerrat will die südslawische Frage in einer vielseitigen und gründlichen Debatte innerhalb des Rahmens der Monarchie lösen.

Die südslawische Frage hat in der Form, wie sie im gemeinsamen Ministerrat beraten wurde, nicht viel von den tatsächlichen Elementen des Problems enthalten. (Über den eigenartigen Hintergrund war in der Einleitung die Rede.) Darüber, in welchen Ministerratssitzungen diese Frage noch behandelt wurde, siehe den Kommentar zum Protokoll vom 7. Januar 1916.

Protokoll des zu Baden am 30. Mai 1918 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten, unter dem Allerhöchsten Vorsitze Seiner Majestät des Kaisers und Königs.

K.Z. 59. — G.M.K.P.Z. 547.

Gegenwärtige: der k.u.k. Minister des k.u.k. Hauses und des Äußern, betraut mit der Leitung des gemeinsamen Finanzministeriums Graf B u r i á n, der k.k. Ministerpräsident Dr. Ritter von S e i d l e r, der kgl. ung. Ministerpräsident Dr. Alexander W e k e r l e, der k.u.k. Kriegsminister GO. Freiherr von S t ö g e r - S t e i n e r, der Landeschef von Bosnien und der Herzegowina, Kommandierender General in Bosnien, Herzegowina und Dalmatien, GO. Freiherr von S a r k o - t i č, der Banus von Kroatien, Slawonien und Dalmatien, Anton von M i h a - l o v i c h.

Schriftführer: Legationsrat Graf W a l t e r s k i r c h e n.

Gegenstand: Südslawische Frage.

Seine k.u.k. Apostolische Majestät geruhen die Besprechung um 5 Uhr zu eröffnen und darauf hinzuweisen, dass Er die Herren zu sich gebeten habe, um zu versuchen, die südslawische Frage, die für die Monarchie von allergrösster Wichtigkeit sei, einer Lösung zuzuführen. Es wurde vielfach der Gedanke ventilirt, Dalmatien mit Kroatien zu vereinigen und Bosnien und die Herzegowina zu Ungarn zu schlagen. Durch Seine Stellung als Kaiser von Österreich und

König von Ungarn befinde Er Sich gerade in dieser Frage in einer sehr schwierigen Stellung. Er hoffe aber bestimmt, dass die heutige Besprechung eine Klärung herbeiführen würde, denn darüber seien sich wohl alle Beteiligten einig, dass irgend etwas in dieser Frage geschehen müsste, und zwar bald.

Seine k.u.k. Apostolische Majestät geruhen hierauf dem k.u.k. Minister des Äussern das Wort zu erteilen.

Graf Burián bemerkt zunächst, da die Vertreter aller jener Verwaltungskörper anwesend seien, in deren Gebiet sich die südslawische Frage bemerkbar mache, könne er daher davon absehen, in Einzelheiten einzugehen. Allgemein habe man die Wahrnehmung gemacht, dass die südslawische Agitation einen solchen Umfang angenommen habe, dass etwas dagegen gemacht werden müsse, wolle man nicht die Monarchie den ärgsten Gefahren von dieser Seite aussetzen. Das Schlimmste an dieser Agitation sei, dass sie sich überall rasch ausbreite nach einem genau ausgearbeiteten und systematisch gefolgt Plan, ohne auf eine wirkliche Gegenwirkung zu stossen. Es mache sich eine vollkommene Programmlosigkeit bei der Abwehr dieser Bewegung bemerkbar. Er wolle keinerlei Rekriminationen erheben, sondern wolle die Verhältnisse nur so darstellen, wie sie wirklich seien. Ohne einem Hindernisse zu begegnen, mit allen Mitteln Anhang werbend und die Gesetze verletzend oder umgehend wachse die Agitation überall an. Eine gewisse Ausnahme möchte er hier nur bezüglich Bosniens und der Herzegowina machen. Der Tätigkeit des derzeitigen Landeschefs sei es gelungen, apostolisch zu administrieren und das politische Leben auf dem Ruhepunkt zu lassen. Dies sei notwendig gewesen, denn es hätte sich zunächst darum gehandelt, das Land der Unterwühlung zu entreissen. Die eingetretene Beruhigung dürfe aber nicht täuschen. Sobald die früheren verfassungsmässigen Zustände wieder hergestellt würden¹ werde auch dort die Agitation wieder an Ausdehnung gewinnen. Bosnien und die Herzegowina stünden im Mittelpunkte des ganzen Problems, wie ja auch der Weltkrieg von diesen zwei Provinzen seinen Ausgang genommen hätte. Es sei hoch an der Zeit, die Quellen zu verstopfen, aus welchen diese Bewegung gespeist werde, sonst würde man später nur mehr mit Gewalt vorgehen können. Die südslawische Agitation, soweit sie die Vereinigung aller südslawischen Stämme bezwecke, sei künstlich aufgebauscht, die Idee der Vereinigung von auswärts hereingebracht worden, möge nun damit die Vereinigung der Südslawen innerhalb oder ausserhalb der Monarchie angestrebt sein. Die Politiker, welche diese Idee vertreten, würden durch verschiedene Motive hiezu veranlasst, auf welche er hier nicht näher eingehen wolle. Die Idee des südslawischen Staates sei nicht vereinbar mit der Geschichte der Monarchie und könne keinen Platz in deren Rahmen finden. Der südslawische Staat mache den Dualismus unmöglich und könne in seinen Folgen die Monarchie sprengen. Jedenfalls verfolge er Zwecke, welche die Struktur der Monarchie zu erschüttern geeignet sind. Dies könne nicht länger geduldet werden. Mit Repressivmassregeln allein sei nichts oder jedenfalls nicht

¹ Die früheren, verfassungsmässigen Zustände basierten auf der von Franz Joseph am 17. Februar 1910 promulgierten Bosnischen Verfassung. Nach Buriáns Ansicht würde deren Wiederherstellung die bisher ruhige politische Lage bedrohen.

genug getan. Man könne mit solchen nur die Symptome des Übels, nicht aber das Übel selbst bekämpfen. Mit der Duldung müsse es aufhören. Nirgends ginge es so weiter. Die Agitation mache rapide Fortschritte, überall in unseren süd-slawischen Ländern liessen sich die Spuren derselben konstatieren. Die Leiter suchen durch Sammeln von Unterschriften unter allerart Vorspiegelungen ein Plebiscit vorzubereiten. Wo gegen das Gesetz gehandelt werde, müsse die Verwaltung energisch eingreifen. Damit sei aber nicht genug getan. Man müsse nicht nur negativ, sondern auch positiv vorgehen, indem man ein eigenes Programm schaffe und dasselbe dem süd-slawischen entgegenstelle. Er glaube, dass dadurch ein grosser Teil der Bevölkerung von uferlosen Plänen ferne gehalten werden könnte. Gewiss seien gerechtfertigte Wünsche der süd-slawischen Bevölkerung heute unerfüllt. Wenn man in der Bevölkerung den Eindruck gewänne, dass gewisse, stark in ihr wurzelnde Bestrebungen, die frei sind von jeder Staatsfeindlichkeit, Aussicht hätten, erfüllt zu werden, so würde dadurch der Agitation der Nährboden entzogen. Man müsse sich auch darüber klar werden, auf welchem Wege eine Lösung des Problems unserer süd-slawischen Gebiete anzustreben sei. Und da könne er nur seiner Überzeugung Ausdruck geben, dass dies nicht auf dem Wege des Umsturzes geschehen dürfe, sondern im Rahmen der heute bestehenden gesetzlichen Grundlagen. Die erforderlichen verfassungsmässigen Mittel stünden auch zur Verfügung. Er wolle hier zunächst auf Bosnien und die Herzegowina hinweisen, welche im Jahre 1910 ein Autonomiestatut erhalten hatten: Dieses Statut verweigere aber den Landesangehörigen noch gewisse staatsbürgerliche Rechte und hätte daher schon längst eine Ergänzung und einen Ausbau erheischt, was aber durch die kriegerischen Ereignisse vereitelt worden sei. Die Massen haben während des Krieges hingebende Treue erwiesen und seien hervorragende Leistungen durch die Truppen und im Hinterlande vollbracht worden. Es ginge nicht an, die Bevölkerung länger als Bürger zweiter Klasse zu behandeln. Sie müssten endlich zu vollberechtigten Staatsbürgern gemacht werden. Da die bestehenden Gesetze aber nur eine österreichische und eine ungarische Staatsbürgerschaft kennen, müssten die beiden Länder an einen der beiden Staaten angeschlossen werden. Der Weg, der hiebei betreten werden müsste, sei durch die Gesetze vom Jahre 1880 vorgezeichnet (österreichisches Gesetz vom 20. Februar 1880, ungarischer Gesetzartikel VI. vom Jahre 1880). Nach diesen Gesetzen könne keine Änderung in der staatsrechtlichen Stellung der beiden Provinzen eintreten ohne Einverständnis der beiden Parlamente. Die beiden Regierungen hätten sich zunächst über diese Frage zu einigen. Führe dieser Weg nicht zum gewünschten Ziele, dann könne man sich noch immer über den weiteren Vorgang schlüssig werden. Hier wolle er auch das regnum tripartitum erwähnen. Die Verdienste, welche sich die Kroaten in diesem Kriege erworben hätten, seien zu bekannt, als dass er sie besonders hervorheben müsste. Es sei nur natürlich, dass die Kroaten für diese ihre Haltung eine Belohnung anstreben, nicht in des Wortes materieller Bedeutung, sondern als Zeichen des Vertrauens. Hiezu käme noch ein anderes Moment. Die Kroaten hätten sich als ein so wertvolles Element erwiesen, dass es nützlich wäre, ihnen eine möglichst günstige Situation in der Monarchie zu schaffen. Die süd-slawische Agitation sei für die Kroaten sehr gefährlich, da deren Erfolg

die Kroaten und die Serben in enge Verbindung bringen würde und die Kroaten hiebei unterliegen würden. Man müsse daher die Kroaten in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Monarchie vor diesem Zusammensein mit den Serben retten. Er glaube, dass es auch im Interesse von Ungarn gelegen wäre, zu einem möglichst brüderlichen und vertrauensvollen Verhältnisse zu Kroatien zu kommen, wie dies früher der Fall gewesen sei. Man müsse auch hiezu einen Weg finden, der auch hier auf gesetzlicher Basis durch den Ausgleich von 1868 gewiesen sei. Die Kritik, die gegen diesen Ausgleich geltend gemacht werde, richte sich weniger gegen dessen Inhalt als vielmehr gegen dessen Auslegung und Handhabung. Berechtigte Beschwerden sollten abgestellt werden. Die Mittel hiezu seien die Revision des Ausgleiches und die Regnicolardeputationen. Am meisten liege den Kroaten allerdings die Vereinigung mit Dalmatien am Herzen. Vom Gesamtstandpunkte der Monarchie aus müsse er darauf hinweisen, dass es notwendig sei, dass jeder Teil der Monarchie eine effektive Kraftquelle bilde. Hiezu sei aber Beruhigung und Zufriedenheit nötig. Er wolle hier auch die rein österreichische Frage der Slowenen streifen, die in einen kaum verständlichen Konnex mit der südslawischen Bewegung gebracht werde. Er könne sich das nur so erklären, dass die Slowenen die Serben nicht kennen. Die ganze slowenische Bewegung sei eine masslos übertriebene, es werde mit den naivsten Schlagworten gehetzt und merkwürdigerweise betätige sich der katholische Klerus trotz der konfessionellen Unterschiede mit den Serben lebhaft an dieser Hetze. Es müsste dieser Frage die grösste Aufmerksamkeit gewidmet werden und habe er den Eindruck, dass dies bisher nicht genügend der Fall gewesen sei. Was hier versäumt worden sei, müsse nachgeholt werden. Aber auch hier genüge es nicht, Repressivmassregeln zu ergreifen. Auch hier müsse ein Programm aufgestellt werden. Es sei die zwingende Notwendigkeit, die südslawische Frage im Rahmen der Monarchie zu lösen. Dies könne aber nur in zwei Teilen geschehen. Ein grosses südslawisches Reich sei nicht einfügbar in die Struktur der dualistischen Monarchie und müsse verhindert werden. Er möchte unterscheiden zwischen dem österreichischen Teile und dem Teile, der die St. Stephans-Krone angehe. Österreich habe die Frage der Slowenen allein zu lösen und da sei es vor allem nötig, dieselben von ihrem jetzigen Weg abzubringen. Bezüglich des anderen Teiles müsse zwischen beiden Regierungen das Einvernehmen erzielt werden und hege er die feste Zuversicht, dass bei richtiger Behandlung der Frage die heute so drohende südslawische Gefahr sich nur als vorübergehende Wolke darstellen würde. Die Agitation sei gekünstelt und von aussen hereingetragen. Der Südslawismus an sich sei eine Lüge und nur ein Schlagwort. Man dürfe nie vergessen, dass die Südslawen ein starkes Bewusstsein ihrer verschiedenen Stammeszugehörigkeiten hätten; so seien auch die Serben und Kroaten grundverschieden.

Hierauf ergreift mit Allerhöchster Genehmigung der kgl. ung. Ministerpräsident das Wort und führt aus, dass er sich ganz der Ansicht seines Vordrängers anschliesse, dass die Zügellosigkeit der Agitation nicht weiter geduldet werden könne und dass etwas geschehen müsse. Man müsse diesbezügliche Prinzipien aufstellen, an welchen alle beteiligten Stellen festzuhalten hätten. Er möchte hier aber bemerken, dass ihm von einer südslawischen Agitation in Ungarn nichts

bekannt sei. Auch er sei der Ansicht, dass eine Vereinigung aller südslawischen Stämme nicht möglich sei. Dazu seien sie nach Geschichte, Religion und Kultur zu verschieden. Was die eventuelle Angliederung von Bosnien und der Herzegowina an Kroatien betreffe, so würde dadurch das kroatische Element zu sehr gefährdet. Obwohl in der Mehrheit (1,650.000), litten die Kroaten in Kroatien sehr unter der Minderheit der Serben (680.000). Die Serben spielten die führende Rolle, selbst in der Regierungspartei sässen 23 Serben gegen 19 Kroaten. Wie könnte das Land unter solchen Umständen den starken Zuwachs von bosnischen Serben vertragen (825.000 Serben gegen 385.000 Kroaten). Bei Dalmatien stünde die Sache anders, da in seiner Bevölkerung gegen circa 101.000 Serben sich über 500.000 Kroaten befänden. Ob aber eine Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien seitens des österreichischen Parlamentes zugegeben werden würde, sei eine andere Frage. Vielleicht würde dies möglich sein, wenn für Österreich in Polen Kompensationen geschaffen würden. Von seinem Standpunkte könne er einer Veränderung in dem jetzigen Zustande Bosniens und der Herzegowina nur zustimmen, wenn die zwei Provinzen als *corpus separatum* direkt an Ungarn angeschlossen würden. Unmöglich sei aber ihr Anschluss an Kroatien, einerseits wegen der Gefährdung des kroatischen Elementes, dann aber auch wegen staatsrechtlicher Schwierigkeiten. Auch er halte aber eine Lösung für äusserst dringend schon wegen der notwendigen Gleichstellung der Bewohner mit den Österreichern und Ungarn. Im Falle des Anschlusses Bosniens und der Herzegowina an Ungarn müsste eine Kompensation für Österreich gefunden werden.

Hierauf geruhen Seine k.u.k. Apostolische Majestät dem Herrn k.k. Ministerpräsidenten das Wort zu erteilen. Derselbe führt aus, dass er die Ansicht seiner Vorredner bezüglich der Eindämmung der bestehenden Agitation vollkommen teile. Bis jetzt seien ihm bis zu einem gewissen Grade durch die parlamentarischen Verhältnisse die Hände gebunden gewesen. Jetzt habe er aber mehr Bewegungsfreiheit und seien die entsprechenden Massnahmen bereits im Zuge. Damit sei aber das Problem nicht gelöst. Die Südslawen strebten ihre Vereinigung und ein grösseres Mass von Selbstständigkeit an. Die Mehrheit wolle dies im Rahmen der Monarchie erreichen, sie wollten aber weder unter Österreich noch unter Ungarn kommen. Es sei da der Gedanke aufgetaucht, Bosnien und die Herzegowina in dasselbe Verhältnis zu Ungarn zu bringen, wie es jetzt zwischen Kroatien und Ungarn bestünde, Kroatien aber in seiner jetzigen Stellung zu belassen und es mit Dalmatien zu vereinigen. Er halte diesen Gedanken nicht für aussichtsreich, schon die parlamentarische Erledigung würde auf Schwierigkeiten stossen. Vielleicht dass eine Angliederung Bosniens und der Herzegowina durchzubringen wäre, falls Österreich in Polen Kompensationen fände, schwieriger aber stünde die Sache mit Dalmatien. Die staatsrechtliche Stellung Dalmatiens sei sehr verwickelt. Es gehöre rechtlich zu Österreich aber auch zu Ungarn, faktisch sei es ein Teil von Österreich. Im ungarisch-kroatischen Ausgleich sei die Bestimmung enthalten, dass Dalmatien einkorporiert werde, dass aber darüber der Landtag gehört werden müsse. Nun sei es aber zweifellos, dass sich der ganze dalmatinische Landtag einstimmig gegen die Angliederung aussprechen würde. Die $\frac{2}{3}$ -Majorität im österr. Parlamente zu finden, die für die Abtretung Dalma-

tiens nötig wäre, dürfte kaum möglich sein. Er verstehe alle Bedenken gegen die togenannte trialistische Lösung und die Vereinigung von Bosnien, Herzegowina, Kroatien und Dalmatien, möchte aber doch der Ansicht Ausdruck geben, dass es einmal zu dieser Lösung werde kommen müssen. Er allerdings teile ganz die Ansicht, dass eine Vereinigung mit den Slowenen ausgeschlossen sei. Bei den Slowenen sei die Agitation hineingetragen und sitze nicht tief. Er würde es für opportun halten, wenn man zur Beruhigung der Südslawen einige Andeutungen über die Zukunft machen würde. Dieser Anregung widerspricht Dr. Wekerle auf das Nachdrücklichste mit dem Hinweis, dass durch Andeutungen und Versprechungen, die dann vielleicht nicht eingehalten werden könnten, nur der Keim zu neuen Unruhen gelegt würde. Mit Allerhöchster Genehmigung Seiner k.u.k. Apostolischen Majestät ergreift nunmehr der Banus von Kroatien das Wort und dankt zunächst Seiner k.u.k. Apostolischen Majestät für die an ihn ergangene Einladung. Seine Stellung sei eine sehr schwierige, da er ja keinen Staat für sich repräsentiere. Er glaubt, dass das südslawische Problem ein viel weitausgreifenderes sei, als dies bis jetzt hier ausgeführt worden sei. Es stünde im engen Zusammenhange mit Serbien und müsste auch in diesem Zusammenhange seine natürliche Lösung finden. Ob dies möglich sei, wisse er nicht, da dies ja eine Frage aussenpolitischer Natur sei. Über die Lösung der südslawischen Bewegung in der Monarchie könne man verschiedener Meinung sein, doch gibt er seiner Überzeugung Ausdruck, dass keine Regierung, weder die jetzige, noch eine künftige, die Frage ohne Befragung der Völker, respective ihrer legislativen Vertretungen werden lösen können.^a Die natürliche Lösung schiene ihm die Form der Trias. Man brauche ja keinen gleichberechtigten souveränen Staat zu errichten. Auch die in Österreich und in Ungarn wiederholt geäußerte Befürchtung, dadurch vom Meere abgeschnitten zu werden, halte er nicht für stichhältig und glaubt, dass sich hier ganz gut eine Lösung werde finden lassen, gegen welche die slawischen Völker nichts einzuwenden hätten. Sie seien es ja, die etwas anstrebten, wüssten daher, dass sie dafür auch einen Preis bezahlen müssten. Auch werde eine Lösung schon durch die wirtschaftliche Lage gegeben. Er begreife auch die Schwierigkeit, die darin bestünde, dass die Trias unter die Stephanskronen käme, da Österreich diese Stärkung Ungarns nicht werde zugeben wollen. Wenn aber niemand etwas hergeben wolle, so gebe es keine Lösung und doch müsste eine solche gefunden werden. Wenn von mehreren Seiten die Verschiedenheit der südslawischen Stämme hervorgehoben worden sei, so sei dies, wie ein genaues Studium ihrer Psyche ergebe, nicht ganz richtig. Die Lösung, die der kgl. ung. Ministerpräsident vorgeschlagen habe, halte er nicht für glücklich, auch nicht betreffs der Kroaten. Er verstehe das Bestreben, die Kroaten zu retten, möchte aber darauf hinweisen, dass die heutige Überlegenheit der Serben über die Kroaten auf frühere Sünden zurückzuführen sei. Das kroatische Element sei immer gedrückt worden selbst zugunsten der Italiener und da sei es nur natürlich, dass sie sich schliesslich an die Serben angeschlossen hätten. Die Kroaten seien zwar das politisch schwächere, dabei aber das bedeutend radikalere Element. Die unionistische Politik auf Basis

a) Der mit »doch gibt es« beginnende und mit »lösen können« endende Teil wurde vom Banus von Kroatien-Slawonien nachträglich eingeschoben.

des Ausgleiches vom Jahre 1868 sei in Kroatien nur mit Hilfe der Serben möglich, jede Regierung müsse sich auf sie stützen. Der Serbe sei Opportunist, der Kroatier radikal. Er könne in der Angliederung Bosniens und der Herzegowina an Kroatien unter gewissen Voraussetzungen keine Gefahr für die Kroaten erblicken. Wenn eine Revision des Ausgleiches stattfindet, würde die Spaltung unter den kroatischen Politikern wegfallen und sie wären stark genug, um sich gegen die Serben zu behaupten und dies umso mehr, wenn auch Dalmatien angeschlossen würde mit seinem starken kroatischen Elemente und den vielen politischen Köpfen, die dieses Land beherberge. Bei den Muselmanen in Bosnien bestünde der Wunsch nach Anschluss nach Ungarn, doch sei dies hauptsächlich auf Agrarfragen zurückzuführen. Der Muselman, der Grossgrundbesitzer sei, hoffe in Ungarn mehr Verständnis für seine Lage zu finden, als in Kroatien. Was die Bekämpfung der Agitation betreffe, so tue er, was in seinen Kräften stehe, doch werde ihm seine Haltung durch die um sich greifende Agitation in Österreich sehr erschwert. Deshalb habe er es mit Freuden begrüsst zu hören, dass der Herr k.k. Ministerpräsident die Absicht habe, schärfere Massnahmen zu ergreifen.

Seine k.u.k. Apostolische Majestät geruhen nunmehr dem Generalobersten Freiherrn von S a r k o t i ć das Wort zu erteilen. Derselbe beruft sich zunächst auf seine Seiner k.u.k. Apostolischen Majestät unterbreitete Aufzeichnung und führt bezüglich Dalmatiens aus, dass dessen Stellung eine sehr komplizierte sei, da es sowohl von Österreich, als auch von Ungarn für sich beansprucht werde und zwei Monarchen dessen Incorporation zugesagt hätten. Durch Verhandlungen könne dieses Problem nicht gelöst werden, hier könne nur die Krone entscheiden. Was Bosnien und die Herzegowina betreffe, so könne man zwei Standpunkte einnehmen. Wolle man Kroatien entgegenkommen, so könne man ihm Bosnien und die Herzegowina zusprechen, aber nicht sofort angliedern, da hiedurch das serbische Element für das kroatische zu gefährlich würde. Man müsste erst administrative Vorsorge treffen, auch einen genügenden Beamtenkörper schaffen, über den Kroatien derzeit nicht verfüge. Was speziell die Wünsche Bosniens und der Herzegowina betreffe, so könne man hier drei Reichthungen feststellen. Die Muselmanen seien für den Anschluss an Ungarn nicht nur wegen der Agrarfrage, sondern auch aus wirklicher Sympathie für Ungarn. Die Serben seien sehr geschickt. Ihr Ziel sei das Reich Dusan des Grossen, sie fördern die südslawische Bewegung, sie schweigen und heucheln Sympathie für Ungarn. Was sie anstreben, ist ein südslawischer Staat, in welchem sie binnen kurzem die anderen Elemente aufsaugen würden. Offen können sie mit diesen Bestrebungen nicht auftreten und wollen es sich auch nicht mit Ungarn verderben; daher wären heute zirka 90% der Serben für den Anschluss an Ungarn. Die Kroaten seien restlos für den Anschluss an Kroatien. Wenn er das Facit ziehe, so könne er feststellen, dass heute bei einem Plebiszit in Bosnien und der Herzegowina sich 75% der Bevölkerung der beiden Provinzen für den Anschluss an Ungarn aussprechen würden. Die Entscheidung, welche Lösung die bessere sei, stehe bei Seiner Majestät und den Regierungen. Er persönlich plaidiere für die erstere. Sei dieselbe nicht möglich, dann bleibe nichts anderes übrig, als Bosnien und die Herzegowina als corpus separatum an Ungarn anzugliedern. Mit alledem sei aber die südslawische Frage

nicht gelöst. Gelöst sei sie erst, wenn auch über das Schicksal von Serbien und Montenegro entschieden sei. Er wolle sich in seinen Ausführungen nicht vom Gefühle, sondern nur vom Verstande, ökonomischen Daten leiten lassen und von diesem Standpunkte aus müsse er sich für die Annexion von Montenegro und des verbleibenden Teiles von Serbien aussprechen. Geschehe das nicht, so werde die Entente weiter ihre schützende Hand über diese zwei Kleinstaaten halten, sie würden weiter schüren und intrigieren, bis endlich ein neuer Krieg entstände. Und wie dann die Haltung unserer Slawen sein würde, sei mehr als fraglich. Wir würden zu einer entscheidenden Lösung förmlich gedrängt. Italien, das uns stets feindlich gesinnt bleiben werde, stehe in unserer einen Flanke und in der anderen Flanke würden wir falls wir nicht annectieren, ein von der Entente geschütztes Serbien und Montenegro mit eigener Hand wieder errichten. Auch möchte er auf die Gefahr hinweisen, die in diesem Falle von den Bulgaren drohen würde, deren Appetit sie gewiss auch über die Morawa treiben würde. Am Balkan habe immer eine Grossmacht geherrscht; wenn wir nun nicht die den türkischen Händen entglittene Herrschaft übernehmen, würden es die Bulgaren tun. Die Frage, ob wir Serbien verdauen können, glaube er bejahen zu dürfen und würde die Lösung darin sehen, dass alle Südslawen zwischen Österreich und Ungarn aufgeteilt würden. Die Kroaten sollten zu Österreich, die Serben zu Ungarn geschlagen werden und die Grenzlinie dort gehen, wo sie zwischen den alten Siedlungsgebieten gegangen sei. Allerdings spreche manches gegen diese Lösung, aber eine Lösung müsse gefunden und getrachtet werden, alle Serben in die eigene Hand zu bringen, wo sie weniger gefährlich wären als wenn ausserhalb der Grenzen der Monarchie ein selbständiges Serbien, ein Herd fortwährender Intrigen, weiter bestünde. Zum Schluss erwähnt er noch den schlechten Einfluss, den die Schulen in Dalmatien, Kroatien und Slawonien auf die heranwachsende Jugend hätten und die Unsicherheit in den dalmatinischen Küstenstädten.

Resumierend stellt Seine k.u.k. Apostolische Majestät fest, dass man übereingekommen sei, gegen die südslawische Agitation vorzugehen, dass in der südslawischen Frage etwas geschehen müsse und dass die beiden Regierungen über die Möglichkeiten einer Lösung in eine Aussprache eintreten würden.

Der k.u.k. Minister des Äussern erbittet sich nochmals das Wort und bemerkt zu den Ausführungen des Generalobersten Freiherrn von Sarkotič, dass Serbien und Montenegro kein Friedenshindernis bilden dürften und dass weder den Völkern der Monarchie, noch den Verbündeten zugemutet werden könne, wegen der Annexion von Serbien und Montenegro auch nur einen Tag länger Krieg zu führen. Auch sei zu erwarten, dass eine richtige Lösung der südslawischen Frage in der Monarchie zu einem Magnet werden würde.

Seine k.u.k. Apostolische Majestät stimmten diesen Worten des Grafen Burián zu und bemerkten noch, dass eine richtige Lösung der südslawischen Frage sogar den Friedensschluss erleichtern könnte.

Original-Reinschrift. — Die Einsichtnahme wurde auf dem Mantelbogen des Protokolls von sämtlichen Teilnehmern des Ministerrates bestätigt. In der rechten oberen Ecke des Blattes mit Bleistift geschrieben: »fertig«. — Auf dem letzten Blatt die Kenntnissnahme durch den Herrscher: »Reichenau, am 14. Oktober 1918.« Links unten die

Unterschrift des Protokollführers Walterskirchen. Die Unterschrift des Ministers des Äußern fehlt. — Ebd. das Konzept des letzten Blattes des Protokolls mit der Unterschrift des Chefs des Generalstabs, Generaloberst Arz (unter folgendem Text: »Ich habe den Inhalt des vorstehenden Ministerratsprotokolles zur Kenntnis genommen. Hofzug, am 16. Juni 1918.«). — Ebd. das handschriftliche Konzept des Protokolls mit mehreren, teils vom Protokollführer, teils von Burián stammenden Verbesserungen, am Ende das Handzeichen Buriáns.

38.

Wien, 24. August 1918

Debatte über die Aufteilung der für die zweite Hälfte des Jahres 1918 veranschlagten Kriegsmaterialbeschaffungen unter die beiden Staaten der Monarchie. Der Minister rat hält die Errichtung von Aluminiumfabriken aus Privatinitiative mit staatlicher Subvention für notwendig und befaßt sich dann mit den Möglichkeiten der Beschaffung der für die russischen Kriegsgefangenen benötigten Rubel und anderen Fragen von geringerer Bedeutung.

Der erste Punkt der Tagesordnung schließt sich eng an das Verhandlungsmaterial des gemeinsamen Ministerrates vom 24. Februar desselben Jahres an. Über die Aluminiumfabrikation siehe den Kommentar zum Protokoll vom 15. Februar 1918. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden nur in dieser Sitzung des gemeinsamen Ministerrates behandelt.

Protokoll des zu Wien am 24. August 1918 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten, unter dem Vorsitze des k.u.k. Ministers des Äußern Grafen Stephan Burián.

K.Z. — G.M.K.P.Z. 549.

Gegenwärtige: der kgl. ung. Ministerpräsident Dr. Wekerle, der k.k. Ministerpräsident Dr. Freiherr von Hussarek, der k.u.k. Kriegsminister GO. Freiherr von Stöger-Steiner, der k.k. Handelsminister Dr. Freiherr von Wieser, der k.k. Finanzminister Dr. Freiherr von Wimmer, der k.k. Minister für Landesverteidigung FML. Freiherr von Czapp, der kgl. ung. Handelsminister Baron Sztérényi, der kgl. ung. Finanzminister Dr. Popovics, der kgl. ung. Honvédminister GO. Baron Szurmay, Oberst des Generalstabskorps Pflug in Vertretung des k.u.k. Armeeoberkommandos.

Schriftführer: Hof- und Ministerialsekretär Dr. von Nickl.

Gegenstände: I. Aufteilung der Heereslieferungen auf die beiden Staaten der Monarchie im zweiten Halbjahr 1918. II. Errichtung neuer Tonerde- und Aluminiumfabriken. III. Frage der Rubelbeschaffung für die Kriegsgefangenen in Russland.

Der Vorsitzende eröffnet die Beratung um 10 Uhr vormittags. Er bezeichnet die zur Erörterung stehenden Fragen und ersucht den k.u.k. Kriegsminister zum ersten Gegenstande der Tagesordnung, in dessen Hinsicht zwischen den beiden Regierungen namhafte Differenzen bestehen, das Wort zu ergreifen.